



WENN GELD DIE STADT REGIERT

Die Metropole als Unternehmen: Das fanden Stadtväter vor zweieinhalb Jahrzehnten revolutionär. Doch der Fall Hamburg zeigt, was Politiker anrichten, wenn sie ein Gemeinwesen zum Profit-Center umbauen.

Eine Bilanz von Johanna Adler

„Schwierige Zeiten“: Wenn Hamburgs Bewohner diese Wörter hören, müssen sie sich traditionell warm anziehen. Dann werden „Pakete geschnürt“, Reformen verabschiedet und „Maßnahmen“ durchgeführt, die „schmerzhaft, aber notwendig“ sind. Schwierig sind die Zeiten immer dann, wenn Politiker etwas durchsetzen wollen – möglichst schnell. Und „unbürokratisch“, also: ohne öffentliche Diskussion. Eine „schwierige Zeit“ war es auch, die Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) 1983 als Argument heranzog, um das

„Unternehmen Hamburg“ auszurufen. Ein Paradigmenwechsel: Schluss mit Gemeinwesen und Sozialverträglichkeit – die Stadt solle künftig als Unternehmen betrachtet werden und wie ein solches handeln. Profitabel, wettbewerbsorientiert, effizient. Jede Unterabteilung – egal, ob Kultur, Wissenschaft, Wohnungsbau oder Tourismus – wird zu einem „Profit-Center“, das aus sich heraus gewinnorientiert arbeitet. Gleichzeitig soll die Stadt ihre Wohn- und Arbeitsbedingungen den Vorlieben einer „neuen Intelligenz“ (Dohnanyi) entsprechend

ausrichten. Von der Stärkung der Starken, so die Logik des Konzepts, würden alle profitieren. Seitdem ist Hamburg keine Stadt mehr. Hamburg ist ein Wirtschaftsstandort.

Dohnanyi gab den Startschuss dafür, dass die Politik – immerhin die Instanz, auf die der Bürger Einfluss nehmen kann – sich zurück zieht und öffentliche Aufgabenbereiche privatisiert. Als erstes gründete man die Hamburger Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF). Seither bestimmt ein Konglomerat aus Handelskammer und Banken, wie gearbeitet und

was gefördert wird, während die Wirtschaftsbehörde das Geld bereitstellt. Die HWF ist die erste von vielen GmbHs, also von privatwirtschaftlich organisierten Institutionen, die unter der Dachmarke „Unternehmen Hamburg“ agieren. „Entbürokratisierung“ ist das Schlagwort, mit dem die Umwandlung vorangetrieben wird. Dohnanyi selbst hat den Sinn deutlicher formuliert: Die GmbHs würden die „Durchsetzbarkeit wichtiger Entscheidungen zügiger“ machen; „investitionshemmende Vorschriften“ können umgangen werden.



FOTOS: BERND RUMM

Das ist der Beginn der Entdemokratisierung der Stadt. Weder über das Leitbild „Unternehmen Hamburg“ noch über dessen Nachfolger konnte die Bürgerschaft abstimmen, obwohl es die gesamte Stadtpolitik neu ausrichtete. Nach Dohnanyi setzt Henning Voscherau (SPD) diesen Weg fort. Seinem größten Coup – der Hafencity – liegt ein geheimer Deal zugrunde, den er 1997 verkündet: Unter seiner Regie hatte die Stadt über die „Hamburger Hafen- und Logistik AG“ (HHLA) Flächentausch und Firmenum-siedelungen zwischen Hafencity und Altenwerder vorbereitet. Als der Bürgermeister seine Pläne offen legt, sind die Weichen bereits gestellt: Ein reguläres Planverfahren, wie es vorgeschrieben gewesen wäre, ist obsolet. Die Bürgerschaft wird mit bereits geschaffenen Tatsachen konfrontiert, die Öffentlichkeit ist an der Diskussion überhaupt nicht beteiligt – es gibt keine Diskussion. Vertraulichkeit sei notwendig gewesen, um die Flächen günstig erwerben zu können, lautet Voscheraus Begründung.

Zu Hamburgs unternehmerischem Prinzip gehört nun auch, dass die Stadt mit virtuellem Geld plant: Die neu erworbenen Immobilien und Grundstücke der Hafencity, die ihren tatsächlichen Wert erst noch beweisen müssen, werden zum städtischem „Sondervermögen“ erklärt. Verwaltet wird dieses Kapital zunächst von der „Gesellschaft für Hafen und Standortentwicklung“ (HSG). Diese nimmt Kredite auf, mit denen unter anderem Hafenverlagerung bzw. –erweiterung finanziert werden sollen. Wenig später werden Kredite aufgenommen, um die Kredite zu finanzieren.

Auf der Einnahmenseite hat das mehrfach beliebene Sondervermögen nur eines zu verbuchen: die potenziellen Erlöse aus dem Grundstücksverkauf. Die müssen also möglichst hoch sein – und um den Kaufanreiz zu verstärken, werde Investoren mit weiteren Zugeständnissen gelockt. Statt um städtebauliche Planung geht es einzig und allein um maximale Verkaufspreise – auch wenn die Stadt damals viele Ideenwettbewerbe ausgerufen hat, die den Bürgern Beteiligung zumindest suggerieren sollten.

ENTEIGNETE ÖFFENTLICHKEIT

Grundstücke, Freiflächen, Wohnhäuser: Schritt für Schritt privatisiert das „Unternehmen Hamburg“ auch unter dem nächsten CDU-geführten Senat städtisches Eigentum oder überlässt es profitorientierten Nutzern zur Bewirtschaftung. Nach dem seit 2001 geltenden Konzept „Wachsende Stadt“ werden aus einzelnen Wohnvierteln „Quartiere“, die „gemanagt“ werden. Nur wenige Gutverdienende können sich die aufgewerteten Viertel leisten. Doch problematisch sind nicht nur die Verkäufe, sondern vor allem die Käufer: Für internationale Investmentgesellschaften, die in Hamburg mittlerweile hunderttausende Wohnungen besitzen, sind Immobilien und Grundstücke einzig und allein Anlageobjekte, die Gewinne abwerfen müssen. Zugleich dienen Investitionen im Immobilienmarkt als Absicherung für Investitionen im Finanzmarkt. Bricht dieser – wie gerade geschehen – zusammen, wird Wohnraum zur schnellen Handelsware. Mietwohnungen werden verkauft, Instandsetzungen erfolgen nur noch nach dem Low-Cost-Prinzip. Es sind die guten alten „Heuschrecken“, die hier

zugegriffen haben. Und indem das „Unternehmen Hamburg“ an sie verkauft, macht es seine Stadtteile zu Spekulationsobjekten, deren Wert – wie an der Börse – steigt oder fällt.

Die Öffentlichkeit wird enteignet, ihr Lebensraum immer kleiner, ihre Lobby sowieso, vor allem, wenn es um die Interessen der Normal-, Gering-, oder Gar-nicht-Verdiener geht. Die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA, ursprünglich gegründet, um „sichere und sozial verantwortliche Wohnungsver-sorgung für breite Schichten der Bevölkerung“ zu gewährleisten, wird im Unternehmen Hamburg ebenfalls zum Profit-Center. Gewinn kann die SAGA über steigende Mieten erwirtschaften: Wohnungen werden saniert und anschließend teurer. Mehr „aufgewerteter“ Wohnraum bedeutet mehr zahlungskräftige Mieter. Schließlich soll die SAGA nicht länger Wohnraum für alle bereitstellen – sie muss das Vermögen des Hamburg-Konzerns vergrößern, damit er neues Geld zum Investieren hat. 2005 kauft die SAGA das städtische Wohnungsbauunternehmen GWG. Kosten: 500 Millionen Euro, die nun durch die Mieten der SAGA-Bewohner wieder reinkommen müssen. Auf diese Weise hat das „Unternehmen Hamburg“ auch seinen „schwächeren“ Bürgern viel Geld abgeluchst, das nun wieder ausgegeben wird. Nicht für sozialen Wohnungsbau, sondern vor allem: für die Hafencity.

Hamburgs Traum vom „Leben und Arbeiten am Wasser“ zeigt exemplarisch, dass die Logik des „Unternehmens Hamburg“ auch wirtschaftlich nicht aufgeht: Das inzwischen von der „HafenCity GmbH“ verwal-

tete Sondervermögen konnte bisher weder die Ausgaben für den Hafen in Altenwerder noch die Kosten für den neuen Stadtteil tragen. Bereits 2007 wies das Sondervermögen ein Defizit von 390 Millionen Euro auf. Die Kreditfinanzierung lässt die Schulden zudem stetig wachsen. Die Elbphilharmonie ist schon jetzt ein Wahrzeichen dafür, wie teuer das angeblich so effiziente Model des *Public-Private-Partnership* werden kann: Mit der ReGe (Realisierungsgesellschaft mbH) wurde das Projekt einem Koordinator übergeben, dessen Kompetenz in Fachkreisen mehr als umstritten ist. Als privater Partner kam Hochtief hinzu. Seit November 2008 heißt es, dass Hamburg für den

vorangetrieben wurde, hat von vornherein zu Fehlplanungen geführt. Da der Senat – seinem Effizienz-Prinzip folgend – ein staatliches Bauprojekt an privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen übertragen hat, entstand offenbar eine gewisse Unübersichtlichkeit, über deren Entwicklung auch die Bürgerschaft nicht informiert wurde. Fest steht: Für die Kosten muss die Stadt einspringen. *Public* zahlt, *private* baut. Für Hochtief entstehen keine Nachteile.

ALLES FÜR DEN INVESTOR

Noch ein Beispiel, wieder Hafencity: In Hamburg gab es bereits vor Baubeginn viele Büroflächen. Mit der Hafencity sind es noch mehr. Wenn das Angebot groß ist, sinkt der Preis der Ware. Eine Binsen-

selbst produzierten Leerstand entgegen zu wirken, musste die Stadt als Mieterin einspringen. Zwischen 2004 und 2008 ist die von der Stadt angemietete Fläche um rund 100000 Quadratmeter gestiegen. Auch in die leeren Büros des Überseequartiers soll nun mit dem Bezirksamt Mitte die Stadt selbst einziehen – für rund 15 Euro pro Quadratmeter, einem Mietpreis, der alles andere als marktgerecht ist. Dieses Mal wird die schwierige Zeit der Wirtschaftskrise als Argument für den „Notfalleinsatz“ herangezogen. Tatsächlich gab es jedoch von vornherein eine „Sondereinbarung“, die dem Investor den hohen Mietpreis garantiert hat und ihn gegen alle Eventualitäten absicherte: So wird ein privates

bestenfalls noch zur Spielwiese für das „kreative Prekariat“, das wiederum zur Stärkung des Standortfaktors „pulsierende Metropole“ herangezogen werden kann. Vertrieben werden dabei alle anderen.

HARTE ZEITEN

Wenn das „Unternehmen Hamburg“ überhaupt etwas produziert, dann ist es Armut. In Hamburg leben inzwischen doppelt so viele Kinder von Sozialhilfe wie in anderen westdeutschen Städten. Ihre Zahl wächst so schnell, weil das Geld für die Subventionierung des Wirtschaftsstandorts Hamburg in anderen Bereichen gestrichen wurde. Die Ansiedelung der „neuen Elite“ hat keine Arbeitsplätze geschaffen, höchstens prekäre Beschäftigungsverhältnisse, am meisten vermutlich im Bereich der privaten Wachdienste. Mit dem Wohnungsmarkt ordnet sich die Stadt neu: reich im Inneren, arm in den Randbezirken. Ghettos für Reiche, Ghettos für Arme. Und auch in den ärmeren Stadtteilen greifen Standortfaktoren wie Kultur, Freizeitangebote und geeigneter Wohnraum. Nur tragen sie hier Minuszeichen vorweg. Die „soziale Verwahrlosung“, die „Jugendkriminalität“, von der immer dann zu lesen ist, wenn mal wieder ein Kind verhungert oder ein „Schläger“ verknackt wird, sind die Folgen, die Hamburgs Unternehmenspolitik offenbar in Kauf nimmt. Statt durchmischter Stadtteile fördert Hamburg seit Jahren die Segregation. Doch immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger machen mobil gegen diese Politik und kämpfen. Für ihre Stadt, für eine Stadt für alle. Darum brechen jetzt wieder harte Zeiten an – diesmal für das „Unternehmen Hamburg“.



Hafencity: städtisch produzierter Leerstand

Bau der Elbphilharmonie 323 Millionen Euro zahlen muss – für einen „Leuchtturm“, der anschließend von Hochtief vermarktet wird. Die Kosten sind jedoch nicht „explodiert“, wie die Stadt behauptet. Die Schnelligkeit und Dringlichkeit, mit der das Projekt

weisheit, die auch das „Unternehmen Hamburg“ kennen dürfte. Zu den ursprünglichen Plänen der Hafencity gehörte es daher, einen „Angebotsüberhang auszuschließen“ – die Bürogebäude der so genannten „Perlenkette“ beweisen jedoch das Gegenteil. Um dem

Unternehmen noch über seine Investition hinaus von öffentlicher Hand subventioniert. Aus denselben Gründen soll auch die Universität Hamburg – entgegen jeder wirtschaftlichen Logik – den für sie teuren Umzug in die Hafencity vornehmen. Die Stadt stellt die Flächen bereit, die Stadt hilft beim Bau und trägt am Ende alle Risiken, weil sie den Wert des Gesamtprojekts Hafencity stabil halten muss. Das ist in der Tat wirtschaftsfreundlich. Wirtschaftlich ist es nicht.

Vom allgemeinen Wohlstand, der die „Stärkung der Starken“ mit sich bringen sollte, ist nicht viel zu spüren. Die Innenstadt wird zum Erlebnisraum für neu angesiedelte Gutverdiener oder